



WIRTSCHAFTSBEIRAT  
BAYERN

## Positionspapier

# Auf das Angebot kommt es an! Mehr Soziale Marktwirtschaft für eine Welt im Umbruch

München, 8. November 2022

Ottostraße 5, 80333 München,  
Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de)  
Präsidentin: Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Generalsekretär: Dr. Johann Schachtner

---

## Inhaltsverzeichnis

Deutschland braucht Antworten auf die Umbrüche der Zeit .....	3
Aktionismus und Interventionismus lösen keine Probleme .....	3
Leitlinien für einen Aufbruch Deutschlands.....	4
1. Mehr Markt, weniger Staat .....	4
2. Nur solide Finanzen ermöglichen nachhaltiges Wirtschaften .....	5
3. Mit neuem Wachstum durch die Krise – in die Zukunft investieren.....	6
4. Energiepolitik – auf das Angebot kommt es an.....	8
5. Globalisierung neu ausrichten .....	9
6. Demografische Herausforderungen angehen .....	10
7. Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik verwirklichen .....	11
8. Geldpolitik wieder stabilitätsorientiert ausrichten .....	11

## Deutschland braucht Antworten auf die Umbrüche der Zeit

Deutschland steht vor einem Jahrzehnt eines tiefgreifenden Strukturwandels. Der Krieg in der Ukraine und das Machtstreben Chinas verschieben die sicherheits- und außenpolitischen Koordinaten grundlegend. Globalisierung muss neu ausgerichtet werden. Deutschland steuert auf eine dramatische Energiekrise zu, die zu einer schwerwiegenden Deindustrialisierung zu führen droht und Mittelstand und Handwerk an die Wand drückt. Die grüne Energiewende hat uns in eine Sackgasse geführt, eine Kurskorrektur ist zwingend. Deutschland sitzt in der Zwickmühle einseitiger Abhängigkeiten: Energie aus Russland, Wachstum aus China, Sicherheit aus den USA. Wir fallen im globalen Innovations- und Technologiewettbewerb zurück. Die demografische Herausforderung ist ungelöst, die Tragfähigkeit der Sozialsysteme gefährdet und Fachkräftemangel bremst das Wachstum.

Der Staat wird bei all den Herausforderungen überstrapaziert und überfordert. Er soll für viele mehr und mehr den Retter in letzter Instanz spielen. Wir steuern auf einen Versicherungsstaat zu. Es wird zu wenig auf Innovationen, sondern zu sehr auf Regulierung und Verbote gesetzt, die die Transformation der Wirtschaft steuern sollen. 90 Prozent des Bundeshaushalts sind „versteinert“. 62 Prozent des Bundeshaushalts machen Sozialausgaben, Umverteilung und Subventionen aus; 16,3 Prozent betreffen Ausgaben für die Gegenwart (staatliche Einrichtungen, innere Sicherheit etc.) und nur 6,4 Prozent des Etats fließen in unmittelbare Zukunftsprojekte. Dabei wird der Handlungsspielraum der Bundesregierung weiter schrumpfen. Eine starre Verwaltung, zunehmende Bürokratie (ESG-Taxonomie, Lieferkettengesetz), lange Genehmigungsverfahren im Bemühen um Einzelfallgerechtigkeit ersticken unternehmerisches Engagement. Die Einführung eines Bürgergeldes schafft neue leistungsfeindliche Anreize, erhöht die Staatsquote und befördert eine Vollkasko mentalität gegenüber dem Staat.

In der Folge geht das Produktivitätswachstum zurück. Die Wachstumsdynamik in Deutschland sinkt, wir verlieren an Innovations- und Technologiekraft, wir rutschen im internationalen Standortranking ab. Unsere Wettbewerbsfähigkeit leidet. Die deutsche Wirtschaft steuert auf eine schwere Rezession verbunden mit hoher Inflation zu. Mittelfristig droht ein Rückfall in die Rolle des kranken Mannes Europas. Deutschland braucht eine neue Wachstumsagenda als Antwort auf die aktuellen Umbrüche der Zeit und auf alte strukturelle Probleme.

## Aktionismus und Interventionismus lösen keine Probleme

Die Bundesregierung hat eine breite Palette von Maßnahmen auf den Weg gebracht und hegt viele Pläne, um den Herausforderungen zu begegnen. Dazu gehören Entlastungspakete, Verstaatlichung, Gaspreisbremse, Tankrabatt, 9-Euro-Ticket, Strom- und Gaspreisdeckel, Eingriffe in die Merit-Order-Preisbildung an der Strombörse, Gewinnabschöpfungen, politischer Mindestlohn, Bürgergeld etc. In der Energiepolitik setzt die Bundesregierung auf Preiseingriffe, Preisdeckel und Sparappelle. Kernkraft- und Kohlekraftwerke will man nur sehr zögerlich einsetzen, um die Energieknappheit zu reduzieren. Zur Finanzierung der Entlastungspakete vom Fließband werden immer neue „Sondervermögen“ ins Spiel gebracht,

was nichts anderes als immer mehr Schulden bedeutet. Die Schuldenbremse wird mehr oder weniger offen umgangen bzw. grundsätzlich zur Debatte gestellt. Die finanzpolitische Nachhaltigkeit schwindet dahin.

Alle diese Maßnahmen sollen die Auswirkungen der Entwicklungen für die Betroffenen abfedern. Unterstützung für Haushalte und Unternehmen ist da gerechtfertigt, wo Not ist und wo es gilt, wettbewerbsfähige unternehmerische Substanz, gemessen an strengen Kriterien, zu erhalten. Finanzhilfen, Umverteilung und Eingriffe in Märkte und die Marktpreisbildung lösen dabei aber keine Probleme. Der Staat kann nicht den Wohlstand jedes Einzelnen auf Dauer garantieren, er wäre damit überfordert. Er kann auch nicht jedes Unternehmen erhalten und er darf auch nicht den Strukturwandel aufhalten. Die Finanzierung dieser Ausgabenpolitik über Staatsschulden ist kontraproduktiv, weil sie private Investitionen verdrängt, die Inflation treibt und künftige Generationen belastet. Mit immer weitergehenden Markteingriffen droht eine eskalierende Interventionsspirale, die die Wirtschaft zunehmend lähmt. Am Ende einer solchen Entwicklung stehen Planwirtschaft, Staatswirtschaft, Sozialismus.

Politik darf nicht in Mangelverwaltung und Rationierung verfallen. Politik muss Wege öffnen. Eine Politik, die uns wieder auf einen nachhaltigen wirtschaftlichen Kurs führt, muss bei den Angebotsbedingungen ansetzen und auf eine mutige Wachstumsagenda setzen. Politik muss für Wirtschaft und Bürger Verlässlichkeit in unsicheren Zeiten liefern, für einen klaren Rahmen sorgen und grundlegende Standortvoraussetzungen sicherstellen. Innerhalb dieses Rahmens muss die Politik den Unternehmen wie den Bürgern weitgehende Spiel- und Freiheitsräume gewähren, damit sie selbst mit den Umbrüchen der Zeit flexibel umgehen können.

## Leitlinien für einen Aufbruch Deutschlands

### 1. Mehr Markt, weniger Staat

Der große Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland liegt darin begründet, dass sie

- Freiräume für unternehmerisches Engagement gewährt,
- Risiko, Haftung und Verantwortung eng verknüpft,
- Unternehmerisches Risiko durch Gewinn bei Erfolg belohnt,
- Verlässlichkeit in den Rahmen- und Standortbedingungen garantiert.

Diese Prinzipien werden durch politisch motivierte Gewinnabschöpfungen, ausgreifende Subventionen, Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen sowie durch bürokratische Fesseln für unternehmerische Entscheidungen untergraben. Hier ist ein Zurück zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft erforderlich.

Der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft ist in den letzten Jahren stark gewachsen:

- Staatsquote: 2015 bei 44,1 Prozent, 2021 bei 51,6 Prozent (in % des BIP);
- Steuerquote: 2015 bei 23,1 Prozent, 2021 bei 24,4 Prozent (in % des BIP);
- Abgabenquote: 2015 bei 39,7 Prozent, 2021 bei 42,4 Prozent (in % des BIP).

Zu viel Staat lähmt die Dynamik der Sozialen Marktwirtschaft. Hier ist eine Trendumkehr notwendig.

Der Staat würde sich schließlich übernehmen, wenn er im Alleingang die Komplexität wirtschaftlicher Prozesse steuern wollte. Im Gegenteil: Jede politische Intervention in Marktprozesse impliziert die nächste Intervention. Das Hin und Her bei der Gasumlage ist dafür ein markantes Beispiel. Eine Interventionsspirale würde jede wirtschaftliche Dynamik ersticken. Im Umgang mit Komplexität und mit dynamischen neuen Entwicklungsprozessen gibt es kein erfolgreicheres System als die Soziale Marktwirtschaft, die auf freies Angebot und freie Nachfrage im Wettbewerb auf dem Markt gesteuert durch den Preis setzt und dies mit einem fairen sozialen Ausgleich verbindet. Deshalb verbieten sich politische Eingriffe jeglicher Art in Preisbildungsprozesse über Markt und Wettbewerb. Je mehr und je häufiger die Bundesregierung in diese Marktprozesse eingreift und sie aussetzt, desto weiter bewegen wir uns in Richtung Staatsdirigismus.

## 2. Nur solide Finanzen ermöglichen nachhaltiges Wirtschaften

Die „Zeitenwende“ muss auch für die Finanzpolitik gelten: Kostspielige Programme zur Ausdehnung der konsumtiven Staatsausgaben (z.B.: großzügiges Bürgergeld mit Fehlanreizen für Primär- und Sekundärmigration, kostenlose Nahverkehrstickets statt Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur) müssen ersetzt werden durch klare finanzpolitische Prioritäten für militärische Sicherheit, Energiesicherheit, Infrastruktur, weil nur diese die Überlebensfähigkeit des Wirtschaft- und Arbeitsplatzstandortes Deutschland sichern können. Sollten auf europäischer Ebene finanzielle Hilfen für die Mitgliedstaaten zur Sicherung der Energieversorgung notwendig werden, so ist das bestehende Instrument des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit klarer Konditionalität zu nutzen.

Die Schuldenbremse ist gerade für Situationen so wichtig, in denen die Haushaltszwänge wachsen. Finanzkrise, europäische Schuldenkrise, Migrationskrise, Coronakrise, Ukraine Krise, Energiekrise – von Krise zu Krise reagieren wir mit neuen Fonds und neuen Entlastungspaketen in großem Stil, vorwiegend über Schulden finanziert. Die Schuldenquote Deutschlands ist von 59,7 Prozent 2019 wieder auf 69,3 Prozent im Jahr 2021 gestiegen (Höchststand 2010 bei 82,5 Prozent). Dabei sind allerdings die impliziten Schulden aus den Sozialsystemen und hier v. a. der Rentenversicherung nicht enthalten. Ein Problem für die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen stellt zudem die Neigung der Bundesregierung dar, Ausgabenprogramme wie für die Bundeswehr oder zur Entlastung von Energiekosten als „Sondervermögen“ zu behandeln. Der Bundesrechnungshof hat das mehrfach kritisiert. Diese Schattenhaushalte verschleiern die tatsächliche Verschuldung und sind verfassungsrechtlich fragwürdig. Im Euroraum ist es nicht besser. Die Schuldenstandquoten der Euro-Länder sind von 83,8 Prozent 2019 bereits wieder auf 95,6 Prozent im Jahr 2021 im Durchschnitt gestiegen. Nur ein finanzstarker Staat kann sich einen „Doppel-Wumms“ leisten. In Europa können dies nur wenige. Deutschland konnte es, da die Staatsfinanzen einigermaßen in Ordnung waren. Dies ist nun verbraucht worden.

Vor diesem Hintergrund muss die Schuldendynamik jetzt gestoppt werden. Neue Schulden gefährden langfristig die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte, nicht zuletzt wegen

steigender Zinsen. Sie verschieben weitere Lasten auf künftige Generationen. Neue Schulden bringen bei Engpässen und Knappheiten auf der Angebotsseite aber auch kurzfristig keine Lösung, weil sie keine zusätzlichen realen Ressourcen generieren können. Was der Staat über Schulden für sich beansprucht, fehlt der privaten Wirtschaft für Investitionen. Soweit der Staat die Mittel für Transfers einsetzt, treibt dies bei Angebotsengpässen nur die Inflation weiter hoch. Die Folge: wirtschaftliche Stagnation oder Rezession und gleichzeitig hohe Inflation.

Auch der Staat kommt nicht umhin, seine Ausgabenschwerpunkte neu zu setzen. Entlastungspakete und direkte Hilfen müssen auf die konzentriert werden, die wirklich Hilfe brauchen. Breite Teile der Bürger von Belastungen der Krise freihalten ist nicht möglich. Dies widerspricht auch dem Prinzip der Eigenverantwortung, der Subsidiarität, das dem Bürger auch einen Beitrag abverlangt: der Staat kann und darf keine Garantie auf ein zumutungsfreies Leben geben. Außerdem werden diese Hilfen am Ende von den Bürgern selbst bezahlt (Steuern und Schulden) und sind auch keine wirkliche Entlastung. Und im Übrigen wirken die automatischen Stabilisatoren der Sozialsysteme. Unterstützung für Unternehmen muss nach strengen Kriterien darauf konzentriert werden, wo es gilt, wettbewerbsfähige Betriebe über die Krise zu retten und systemkritische Risiken bestehen. Aber der Staat kann und darf den Strukturwandel nicht aufhalten. Insofern muss der Staat sich bei Transferausgaben und Subventionen zurückhalten, Zukunftsinvestitionen wie Sicherheit und Verteidigung, Innovationen und Digitalisierung, Infrastruktur, Bildung etc. hochhalten. Wirksam entlasten kann er Wirtschaft und Bürger dadurch, dass er Steuern senkt und damit gleichzeitig Leistungsanreize erhöht.

### **3. Mit neuem Wachstum durch die Krise – in die Zukunft investieren**

Nur mehr Wachstum führt aus der Krise. Mehr Wachstum heißt nicht einfach mehr, sondern aus bestehenden vielleicht sogar weniger Ressourcen mindestens dasselbe wie bisher oder mehr herausholen und bedeutet somit Nachhaltigkeit im besten Sinne des Wortes. Mehr Wachstum in diesem Sinne braucht mehr Investitionen und technischen Fortschritt durch Innovationen.

Investitionen sind die notwendige Voraussetzung für die Transformation der Wirtschaft zur Bewältigung der Herausforderungen. Dabei werden in Deutschland 90 Prozent der Investitionen von der privaten Wirtschaft getragen. Das kann der Staat niemals ersetzen. Um die notwendigen Investitionen schultern zu können, brauchen die Unternehmen ausreichende Finanzierungsspielräume. Höhere Spitzensteuersätze und „Übergewinn-“ oder „Zufallsgewinnsteuern“ bewirken das Gegenteil und schaffen Verunsicherung über zu erwartende Erträge. Das führt zur Zurückhaltung bei Investitionen. Werden die Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt und wird das Vertrauen der Unternehmen in die Verlässlichkeit steuerlicher Rahmenbedingungen gestärkt, kann eine neue Investitionsdynamik entstehen.

Für eine hohe Investitionsdynamik ist ein leistungsfähiger Kapitalmarkt zentrale Voraussetzung. Auch hier hat Deutschland noch viel Potenzial: Beträgt die Marktkapitalisierung börsennotierter Aktien in Deutschland 50 Prozent des BIP, so macht sie in den USA wie in UK 120 Prozent des BIP aus.

Die Entscheidung der Linde AG, sich von der Frankfurter Börse zurückzuziehen und nur noch in New York notiert zu sein, zeigt deutlich, dass der Kapitalmarkt in Deutschland noch nicht konkurrenzfähig ist. Umso wichtiger ist es, dass die Politik endlich alle Hebel zur Förderung eines leistungsfähigen Kapitalmarkts in Bewegung setzt. Ansatzpunkte gibt es zur Genüge, zum Beispiel Erleichterungen beim Bezugsrechtsausschluss oder eine Anhebung des genehmigten Kapitals. Gerade für Start-Ups wäre eine Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung hilfreich. Einen kräftigen Schub in Richtung höherer Kapitalisierung des deutschen Marktes würde zudem eine sachkapitalgedeckte Säule in der Rentenversicherung bringen.

Nur mit einem leistungsfähigen Kapitalmarkt können wir bei der Finanzierung von Wachstum, Innovationen und Beschäftigung mit dem Ausland Schritt halten. Es gilt, den gemeinsamen europäischen Kapitalmarkt voranzutreiben.

Deutschland muss substanziell mehr in Forschung und Entwicklung investieren, um im globalen Technologiewettbewerb wieder aufholen zu können. Dazu ist eine mutige steuerliche FuE-Förderung notwendig. Die Förderpolitik muss sich stärker auch auf die Anwendung neuer Technologien verlegen bei IT, Cyber-Security, Rechenzentren und Internetknoten, Mobilität etc., dabei aber grundsätzlich technologieoffen bleiben. Die Bundesregierung muss bessere steuerliche Rahmenbedingungen schaffen für die Finanzierung von Start-ups in der Wachstumsphase. Verglichen mit den USA muss Deutschland das Niveau des Wagniskapitals um den Faktor 10 steigern. Damit Innovationen und Technologien sich in Deutschland schneller Bahn brechen können, müssen zudem Bürokratie, Regulierungen und Genehmigungsprozesse entschlackt, einfacher, schneller und effizienter werden.

Entscheidend für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist zudem eine leistungs- und funktionsfähige öffentliche Infrastruktur. Ob Schienenverkehr, Straßennetze, Glasfaser und Breitband, Flughäfen, Energieinfrastruktur, Wasserstoffnetze und Elektrolysewerke – es besteht Erneuerungs- und Erweiterungsbedarf auf breiter Front. Dabei kommt es vor allem auf schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren an.

Die Unternehmen in Deutschland werden durch Bürokratie und lange Genehmigungsverfahren mehr und mehr ausgebremst. Das Bemühen um Einzelfallgerechtigkeit zieht Genehmigungsverfahren in nicht mehr tragbare Längen. Umfassende Regulierungen durch das Lieferkettengesetz und die Sustainable Finance Taxonomie gehen an der Realität vorbei und bremsen die wirtschaftliche Dynamik. Die Widersprüchlichkeit und die kontraproduktiven Auswirkungen der Taxonomie sind z. B. in der Verteidigungsindustrie im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg zu Tage getreten. Eine grundsätzliche Überprüfung der Taxonomie ist notwendig. Es ist Zeit, mit dem Belastungsmoratorium ernst zu machen.

Eine wirkliche Verkürzung der Verfahrensdauer ist dabei nicht möglich, ohne „Flurbereinigung“ im materiellen Recht, d. h. der materiellen Genehmigungsvoraussetzungen und einer Einschränkung des in den letzten Jahren sowohl auf europäischer wie nationaler Ebene ausgeweiteten Verbandsklagerechts, nach dem unabhängig von der persönlichen Betroffenheit und damit außerhalb der Rechtsschutzgarantie des Grundgesetzes Vereine (NGOs) Klagen erheben können.

Jetzt in der Krise ist der beste Zeitpunkt für eine neue Wachstumsagenda als Gegenentwurf zu Umverteilung und Mangelverwaltung, die lediglich den Status Quo zementieren.

#### 4. Energiepolitik – auf das Angebot kommt es an

Deutschland steht in einer ernsten Energiekrise. Mit dem Wegfall der Gaslieferungen aus Russland führt die deutsche Energiewende in eine Sackgasse. Gas fehlt in der industriellen Produktion und bei der Stromerzeugung zur Abdeckung der Residuallast. Die Folge sind drastisch steigende Strom- und Gaspreise. Industrielle Produktion wird bereits eingeschränkt, z. T. ins Ausland verlagert, Investitionen werden gestrichen. Es droht eine Deindustrialisierung Deutschlands. Viele Betriebe in Handwerk und Mittelstand stehen mit dem Rücken zur Wand. Private Haushalte fragen sich, wie sie im kommenden Jahr die Strom- und Gasrechnungen schultern sollen.

Entlastungspakete sind da notwendig, wo wirklich Not ist. Hilfen für Unternehmen sind richtig, wenn es gilt, wettbewerbsfähige Betriebe über die Krise zu retten und systemkritische Engpässe zu überwinden. Entlastungspakete sind in der Breite aber nicht darstellbar und keine wirkliche Lösung der Energiekrise, weil sie keine einzige Kilowattstunde mehr Strom oder Gas bringen. Eingriffe in marktliche Preisbildung sind abzulehnen, weil sie die Verteilung der knappen Energie intransparent machen, zu politischer Rationierung führen und mit unwägbareren Folgewirkungen verbunden sind.

Die einzig wirksame Antwort auf die Energiekrise liegt darin, das Angebot an Energie auszuweiten. Dabei ist es richtig, den Einsatz erneuerbarer Energieträger zu steigern. Aber erneuerbare Energieträger „können es nicht alleine“. Wegen ihrer Volatilität müssen konventionelle Kapazitäten vorgehalten werden, um Versorgungssicherheit zu garantieren. Ohne Gas aus Russland wird das schwieriger. Aber Deutschland hat eine Reihe von Möglichkeiten:

- Gas darf nur noch da, wo es unvermeidbar ist, zur Stromerzeugung eingesetzt werden, d. h. zum Redispatching.
- Erleichterung des Brennstoffwechsels in den Betrieben durch Rücknahme restriktiver Regelungen.
- Weiterbetrieb aller drei noch laufenden Kernkraftwerke im Dauerbetrieb, bis Gas wieder in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht. Die Bundesregierung verweigert sich hier einer substanziellen Entlastung für Verbraucher und Wirtschaft.
- Erneutes Hochfahren und befristeter Weiterbetrieb der in 2021 stillgelegten, aber noch funktionsfähigen Kernkraftwerke.
- Stärkerer Einsatz hocheffizienter Kohlekraftwerke durch Lockerungen bei den Zulassungsregeln, bis Gas wieder in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht.
- Steigerung bei der Förderung heimischen Erdgases und Aufhebung des Fracking-Verbots.
- Einsatz von LNG.
- Intensivere Zusammenarbeit im europäischen Energieverbund und Zurückhaltung bei deutschen Alleingängen.
- Vollendung des Energiebinnenmarktes.



- Wasserstoffwirtschaft aufbauen, um langfristig Erdgas ersetzen zu können.
- Aufhebung der gesetzlichen Einschränkung der Kohlenstoffspeicherung (CCS-Technik), wie sie vom IPCC für den Klimaschutz empfohlen und von Norwegen und Großbritannien bereits genutzt wird.
- Das Verteilnetz ist auf die zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten (dezentrale Erzeugung und erhöhter Verbrauch).
- Wir brauchen Speicher, die technologiefrei zu bewerten sind.

Nur wenn wir möglichst viele Wege nutzen, das Energieangebot auszuweiten, lassen sich Strom- und Gaspreise effektiv senken.

Unabhängig davon ist es sinnvoll, Bürger und Wirtschaft gezielt zu entlasten durch

- Senkung der Steuern und Abgaben auf Energie,
- Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie,
- direkte Entlastungen der energieintensiven Industrien, um energiepreisbedingte Nachteile im internationalen Wettbewerb auszugleichen.

Kräftige Ausweitung des Angebots an Energie, Senkung der Steuern und Abgaben auf Energie, das sind die zentralen Ansätze für einen ebenso nachhaltigen wie international wettbewerbsfähigen Strompreis für die Industrie, für Mittelstand und Handwerk und für die Verbraucher.

Mit der Energiepolitik engstens verknüpft ist die Klimapolitik. Der Ansatz der EU, die mit einer bürokratischen Taxonomie jedes Verfahren und jedes Produkt in „grün“ oder „braun“ einteilen will, führt zu Überregulierung, Widersprüchlichkeiten, Ineffizienz und Lähmung der Wirtschaft. Obwohl die Verteidigungsindustrie essenziell für die Wahrung der freiheitlichen Demokratie ist, fällt sie unter das Diktum „nicht nachhaltig“ in der Taxonomie. Diese Klimapolitik führt in eine Sackgasse. Der beste Weg, die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, ist es, den EU-weiten Emissionshandel konsequent auszubauen. Gelingt dies, dann können alle übrigen klimapolitischen Interventionen zurückgenommen werden.

## 5. Globalisierung neu ausrichten

Der Wohlstand Deutschlands basiert zu einem großen Teil auf der starken Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Der Ukrainekrieg hat allerdings schmerzlich vor Augen geführt, dass einseitige Abhängigkeiten von autokratischen Systemen zum Problem werden können. Deutschland braucht eine strategische Außenpolitik, welche die wirtschaftlichen Interessen, Handel und Rohstoffsicherung, mit unseren sicherheitspolitischen und humanistischen Zielen in Einklang bringt. Vor diesem Hintergrund ist auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China zu überdenken. China wird weiter wegen seiner ökonomischen Bedeutung nicht zu umgehen sein; aber wir dürfen uns nicht so abhängig machen, dass wir erpressbar sind.

Wir müssen die Globalisierung fortsetzen, aber die Lieferketten neu ausrichten und diversifizieren. Alles an Produktion nach Deutschland holen wollen wäre verfehlt und auch nicht möglich. Besser ist es, den heimischen Standort durch attraktive Rahmenbedingungen wettbewerbsfähig zu machen. Damit Deutschland im globalen Wettbewerb Schritt halten

kann, gilt es deshalb zunächst die Standort- und Rahmenbedingungen im eigenen Land so zu gestalten, dass uns die Industrie erhalten bleibt, Schlüsselindustrien im Land bleiben können und die Personenunternehmen in Mittelstand und Handwerk Perspektiven haben (Stichworte Energie, Steuern, Bürokratie, Innovationsdynamik in Abschnitt 3 und 4). Wir müssen die politische Dimension der Strukturpolitik und der Globalisierung berücksichtigen.

Als Antwort auf die Systemkonkurrenz autokratischer Staaten und zur Diversifizierung der Lieferketten muss die EU einen „Binnenmarkt der Freiheit“ anstreben und mit rechtsstaatlichen und demokratischen Staaten eine Freihandelszone errichten. Wir brauchen neue Freihandelsabkommen mit liberalen Demokratien. Statt auf „Appeasement“ gegenüber Autokratien zu setzen, muss die Bundesregierung die eigenen Interessen selbstbewusst wahren, ohne die Interessen der Partner in Europa und den USA durch nationale Alleingänge zu umgehen. Deutschland muss sich im Auftritt gegenüber China gemeinsam mit Europa eng mit den USA abstimmen. Ein neues Freihandelsabkommen mit den USA wäre das geoökonomische Signal, das die Zeitenwende braucht.

## 6. Demografische Herausforderungen angehen

Eine enorme Belastung für die wirtschaftliche Dynamik ist auf absehbare Zeit die demografische Entwicklung. Fehlende Arbeitskräfte sind ein begrenzender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum in Deutschland. Zugleich schwindet die Tragfähigkeit der Sozialsysteme.

Um die Bremsspuren in der wirtschaftlichen Dynamik zu kompensieren, gilt es

- technischen Fortschritt durch Innovationen und insbesondere Digitalisierung zu beschleunigen,
- lebenslanges berufsbegleitendes Lernen zu fördern, um die Qualifikation der Erwerbsbevölkerung als unser größtes Kapital zu verbessern,
- die inländische Erwerbsbeteiligung zu steigern und durch Weiterqualifizierung deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen,
- durch eine gesteuerte Zuwanderung Arbeitskräfte aus dem Ausland zu akquirieren.

Die Tragfähigkeit der Sozialsysteme macht es erforderlich,

- kapitalgedeckte Standbeine der Sozialsysteme auf- und auszubauen,
- dabei insbesondere die langfristig orientierte Altersvorsorge durch Nutzung der Ertragskraft der Aktie zu stärken,
- die Lebensarbeitszeit zu verlängern, verbunden mit einer stärkeren Flexibilisierung des Renteneintrittsalters,
- die erfolgreichen Zuzahlungen bei Arztbesuchen, Krankenhausaufenthalten etc. wiedereinzuführen,
- die Regulierung der Krankenhausplanung zu überprüfen.

## 7. Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik verwirklichen

Der Ukrainekrieg und das Machtstreben Chinas verlangen danach, die außen- und sicherheitspolitischen Ziele und Strategien Deutschlands, die der Systemrivalität mit Autokratien gerecht werden, zu überarbeiten bzw. erst noch zu formulieren. Die USA werden weiterhin unser engster Verbündeter sein. Deutschland muss auch in der Sicherheitspolitik wieder mehr auf die Partner in der EU und der NATO zugehen. Allerdings muss Deutschland selbst mehr für seine Freiheit und Sicherheit tun. Der Weckruf des Bundeskanzlers vom 27. Februar war richtig, allerdings müssen diese richtigen Ankündigungen jetzt mit Leben erfüllt werden:

- Der Etat Sicherheit und Verteidigung ist kräftig zu steigern. Wir brauchen fokussierte Investitionen in kurzfristig benötigte Fähigkeiten und mittelfristig überlebensnotwendige Technologien anhand der definierten Schlüsseltechnologien.
- Beschaffungsorganisation und -prozess sind effizienter und transparenter zu gestalten.
- Wir brauchen mehr europäische Zusammenarbeit mit Wahrung deutscher Interessen innerhalb einer klar formulierten nationalen Industriestrategie.
- Die moderne, innovative und leistungsfähige deutsche Verteidigungsindustrie ist als strategischer Trumpf der Sicherheits- und Außenpolitik zu nutzen, zu entwickeln und auch zu stärken.
- Die Rüstungsexportregelung muss im europäischen Verbund erfolgen statt in deutschen Alleingängen.
- Die Fähigkeiten der Bundeswehr sind nachhaltig zu steigern und auszubauen.

## 8. Geldpolitik wieder stabilitätsorientiert ausrichten

Der riesige Geldüberhang, der seit Jahren durch die lockere Geldpolitik der EZB geschaffen worden ist, nährt jetzt die starke Inflation. Viel zu spät hat die EZB darauf mit Zinssteigerungen reagiert. Es gilt jetzt diesen Weg fortzuführen.

Die EZB muss sich aber davor hüten, den Weg in die Staatsfinanzierung weiterzugehen. Das Instrument des Transmissionsschutzes (TPI) birgt enorme Risiken. Die EZB gerät dadurch zunehmend unter politischen Einfluss. Zinsspreads zwischen den Mitgliedstaaten, die fundamental begründet sind, darf die EZB nicht angleichen. Diese sind notwendig als Anreiz für eine stabilitätsorientierte Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten. Wenn Mitgliedstaaten Hilfe brauchen, gibt es den ESM. Hier werden Hilfen mit Reformauflagen verknüpft. Darauf müssen wir weiter bestehen. Eine Vergemeinschaftung von Schulden durch die Hintertüre muss unbedingt vermieden werden. ■